

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Klassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus) 2 RM. (Halbmonat 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schreibweise: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,20 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Verball besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 14. April 1928 Nummer 88

Streik auf breiter Basis

Ein Aufruf der Kommunistischen Partei zum sächsischen Metallarbeiterkampf Arbeiter! Arbeiterinnen!

200.000 Metallarbeiter sind auf die Straße gemorren. Die Metallindustriellen haben die geringen Forderungen der Metallarbeiter um Erhöhung des Lohnes, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Mantel mit der Aussperrung beantwortet. Die Unternehmer nehmen die Teilstreiks zum Anlaß ihres Vorstoßes.

Der brutale Unternehmerangriff ist ein Teil der politischen Kampagne des Trust- und Monopolkapitals. Um die Politik der imperialistischen Imperialismus: Gewinnung von Rohstoffquellen und Absatzgebieten, Wiedererlangung von Kolonien, nachzugehen zu können, verbündet sich der deutsche Kapitalismus gegenwärtig immer fester und enger mit den englischen und französischen Imperialisten; stellen sie sich immer schroffer gegen die Sowjetunion. Innenpolitisch führt die deutsche Bourgeoisie einen ständig härteren Kurs gegen die arbeitenden Massen durch. Zollwucher und Steuerwucher, Mietwucher und Teuerung, brutale Unterdrückung der Massen durch Klassenjustiz und Polizeiverbrechen sind die ständigen Erscheinungen. Um die Bestreitungen des Dawesvertrages aus den Massen herauszuholen, um unfähig auf dem Auslandsmarkt aufzutreten zu können, lassen die Reaktionen der Arbeiter noch mehr herabgedrückt werden. Jede Lohnserhöhung soll verhindert, jeder Verlust der Verbesserung der Arbeitsbedingungen rücksichtslos niedergeschlagen werden.

So erfordert es das Interesse der deutschen Kapitalisten

Das Schlichtungssystem und die Verbindlichkeitsverpflichtungen der Schlichter sind dabei die Mittel, die schonungslos die Ausbeutung durchsetzen und dennoch gleichzeitig den Arbeitern die Täuschung einer neutralen Instanz vortäuschen sollen. Die durch die durchgeführten Aussperrungen sollen dem Schlichter und dem Arbeitsminister die Fällung und Verbindlichkeitsverpflichtung der streikenden Schlichter nach erleichtern.

Die Unternehmer gehen bei ihren Angriffen gegen die Arbeiter dazu über, sofort den gesamten Apparat ihrer Organisationen einzusetzen. Jede, auch die geringste Bewegung der Arbeiter wird sofort mit der Wucht einer Gesamtaussperrung beantwortet. Die Unternehmer schaffen sich Streikschutzstellen, um den Kampf gegen die Arbeiter durchzuführen zu können.

Die kapitalistische Nationalisierung beschleunigt das Arbeitsvermögen, verlängert die Arbeitszeit, raubt die Nachruhe, steigert den Unfall- und Krankheitsziffern. Erwachsene Arbeiter werden durch jugendliche ersetzt, deren Gesundheit rücksichtslos zermürbt wird. Der Kapitalismus stellt Frauen an das fliegende Band. Kapitalistische Nationalisierung ist gesteigerte Ausbeutung.

Für Forderung der Metallarbeiter auf 15 Pfennig Lohnserhöhung, auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Mantel sind in Anbetracht der gesteigerten Ausbeutung, der Nationalisierung und der Teuerung nicht nur berechtigt, sondern dringend notwendige Elementarforderungen. Diese Forderungen können nur durchgesetzt werden durch entschlossensten Kampf der Arbeiter.

Die Gewerkschaftsorganisation, die das Herantreten der Arbeiterunterstützung fannst, was verpflichtet und hätte die Möglichkeit, diesen Kampf als eine wichtige Massenbewegung gegen die Unternehmer schon längere Zeit vorher gründlich und eingehend vorzubereiten. Dies haben die Bezirksleitung des DMB und der Hauptverband unterlassen. Sie haben die Betriebe nicht mobilisiert. Ja, sie haben selbst als der Kampf unvermeidlich wurde, die entscheidende Einleitung dieses Kampfes unterlassen.

Die Kampf Stimmung der Metallarbeiter war gut. Aus den Betrieben kamen die Forderungen nach Arbeitsniederlegung, nach Streik. Die Verhandlungsleitung leitete aber nur einen Teilstreik ein. Sie verhinderte selbst die Arbeiter der Betriebe an der Annahme des Kampfes, die von der Verhandlungsleitung die Einbeziehung in den Streik forderten.

Die Einleitung dieses Teilstreiks, die Ablehnung, ja geradezu Verhinderung der Verbreiterung des Kampfes gab den Unternehmern die Grundlage zu ihrem Vorgehen, schwächte die Kraft der Arbeiter. Anstatt Aufklärung der Arbeiter, ihre Mobilisierung, arbeitete die Verhandlungsbureaokratie mit den Mitteln der Geheimdiplomatie, indem sie über den Stand der Verhandlungen keine Berichte gab.

Die Unternehmer beschlossen die Aussperrung. Auch jetzt wurde noch nichts getan, um alle Betriebe herauszunehmen. Den Arbeitern, die von der Aussperrungsandrohung betroffenen Betrieben, die jetzt in den Kampf eintreten wollten, erklärte die Verhandlungsbureaokratie, daß sie das als einen wilden Streik betrachte, daß sie die Arbeitsniederlegung unter-

Damit verhindert die Gewerkschaftsbureaokratie den Gegenangriff der Arbeiter und verhilft den Unternehmern zum Siege.

Die Aussperrung ist erfolgt

Mitteldeutschland und Berlin, wo die Unternehmer dieselbe Praxis angewendet, die Gewerkschaftsbureaokratie auch nur Teilstreiks durchgeführt haben, haben gezeigt, daß diese Taktik zu einer Niederlage der Arbeiter geführt hat. Den sächsischen Metallarbeitern droht die gleiche Niederlage, wenn die Taktik hier nicht anders wird, wie in den oben angeführten Gebieten. Bis jetzt aber schlägt die sächsische Bureaokratie des DMB keine andere Taktik ein. Sie manövriert auf die Verbindlichkeitsverpflichtung zu. Die Kommunistische Partei sagt den Arbeitern: Ihr werdet auch hier eine Niederlage erleiden, wenn Ihr nicht selber Schlag macht mit der Taktik der Bureaokraten. Wenn Ihr nicht selbst den Kampf aufnehmt.

Der verstärkte weitere Vorstoß der Arbeiterklasse, die Verbreiterung der Kampf Basis ist jetzt die dringendste Aufgabe. Die Betriebe des Arbeitgeberverbandes sind noch nicht bestreikt, sie sind deswegen auch nicht ausgesperrt. Die tariflose Zeit besteht aber auch für diese Betriebe. Lohnverhandlungen finden vor dem Abbruch des Kampfes und des Schlichtungsergebnisses dort nicht statt. Als erste Aufgabe müssen diese Betriebe jetzt in den Kampf einbezogen werden.

Das Kampfbündnis der Gewerkschaften zur Verbreiterung der Kampf Basis mit den lebenswichtigen Industrien in Sachsen muß eingeleitet werden. Die Gemeindegewerkschaften, die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurden durch einen erbärmlichen Abbruch ebenfalls um ihre Forderungen geprellt, den Eisenbahnern ging es genau so. Sie wurden nicht in den Kampf geführt. Sie haben deswegen noch die gleichen Interessen wie die Metallarbeiter. Die Staats- und Gemeindegewerkschaften, die Eisenbahner müssen den Kampf mit aufnehmen, die Bewegung der Metallarbeiter unterstützen und den Kampf mit führen, um ihre eigenen und die Forderungen der Metallarbeiter.

Die Jagd auf die kommunistischen Abgeordneten Zörgiebels Polizei bietet 1000 Mark

Berlin, 14. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Zörgiebels politische Abteilung und seine Kriminalbeamten hinter den im Zentralprozess angeklagten kommunistischen Abgeordneten her sind, zeigt folgender unglücklicher Vorgang: Als vor einigen Tagen gegen 24 Uhr ein junger Mann das Haus, in dem Genosse Städter wohnt, verließ, wurde er von Kriminalbeamten auf der Straße festgenommen und zur Polizeiwache gebracht. Der Verhaftete, der mit dem Genossen Städter und mit der kommunistischen Bewegung nicht das geringste zu tun hat, sondern nur in dem Hause verkehrte, wurde dann auf der Wache von den Beamten nach seinen persönlichen Angaben und was er in dem Hause getan habe, ob er den Abgeordneten Städter kenne usw. Als der Verhaftete dies verneinte, wurde ihm von den Kriminalbeamten erklärt, Städter würde wegen Hochverrats verfolgt. Es sei doch sehr verdienstlich und nützlich, wenn er dazu beistragen würde, Städters Aufenthalt ausfindig zu machen.

Er könne sich dabei auch etwas verdienen. 500 Mark würden ihm sicher sein.

Alles für den Sieg der Metallarbeiter!

Arbeiter Dresdens!

Heraus

zur Massenfundgebung

am Montag, dem 16. April 16.30 Uhr

auf dem Schützenplatz

Gegen die Schlichtungsquillotine für den Kampf bis zum Siege!

Die Metallarbeiter müssen sofort in Demonstrationen ihren Kampfwillen zum Ausdruck bringen. Sie müssen den Arbeitern der lebenswichtigen Betriebe ihre Kampfschlossenheit zeigen, dann werden diese als Verbündete an ihre Seite eilen. Durchführung von Massenfundgebungen aller Arbeiter durch den DMB muß die breiteste Front herstellen, die Massen wecken, sie an die Seite der Metallarbeiter führen.

Metallarbeiter, nehmt sofort Stellung in Streikversammlungen! Am Montag finden erneut Verhandlungen statt. Die Verbindlichkeitsverpflichtung droht. Die Gewerkschaftsbureaokratie will sich dieser Verbindlichkeitsverpflichtung unterwerfen. Das ist der Verrat der Forderungen der Arbeiter. Kämpft gegen die Verbindlichkeitsverpflichtung. Zwingt die Verhandlungsbureaokratie zur Weiterführung des Kampfes. Nicht auch die Jugend in eure Front. Tutet nicht, daß sie Streikbrecherarbeit leisten muß.

Kampf bis zum Siege!

Keine Arbeitsaufnahme ohne Erfüllung der Forderungen!

Einleitung von Sammelaktionen für die Kampfführung!

Gemeindegewerkschaften, Eisenbahner, Bergarbeiter, Arbeiter aller Industrien, Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen! Überall erhebt eure Solidarität mit den Metallarbeitern!

Die Kommunistische Partei ruft euch für Montag, 16.30 Uhr,

zur wichtigen Kundgebung auf dem Schützenplatz

Für den Sieg über die Unternehmer!

Für die Erfüllung der Forderungen!

Gegen das Schlichtungswesen und die Schandschiedsprüfung!

Gegen die Verbindlichkeitsverpflichtung!

Hebt Solidarität!

Zeigt den Unternehmern die Kraft der Massen!

Zeigt den Reformisten euren Willen zum Kampf!

Erscheint in Massen zur Kundgebung!

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung Ostachsen.

Als der Festgenommene sich gegen eine bezahlte Zumutung entsetzt wandte, da er mit Politik nichts zu schaffen habe, redeten die Beamten nochmals auf ihn ein und erklärten, es könnten auch 1000 Mark für ihn abfallen, wenn er sich die Sache überlegen würde.

Auch in Hamburg Jagd auf Kommunisten

Hamburg, 14. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Auch der Hamburger sozialdemokratische Polizeipräsident verlegt sich auf die Jagd nach Kommunisten. Gestern fanden in den Räumen der Hamburger Volksgesundung und in den Parteibüros der KPD Hausdurchsuchungen statt mit einem großen Ausmaß von Kriminalbeamten. Es wurde nach dem Genossen Lindau gefahndet.

Die „Bremen“ notgelandet

Nationaler Rummel im Opernhaus

Gestern abend wurde auf den Straßen Dresdens ein Extrablatt des Dresdner Anzeigers verteilt, in dem mitgeteilt wurde, daß die Bremen auf dem Flugplatz bei Neunorf gelandet sei. Die Speisefeste lockte vor Begeisterung. In den Rängen schlug man sich an die Brust. „Wir Deutschen haben es wieder einmal geschafft. Wir sollten sofort die Reparationszahlungen einstellen.“ Im Opernhaus machte man großen nationalen Rummel. Die Kapelle spielte „Deutschland über alles“. Die ganze Menge sang mit.

Da, heute früh war es wieder mal Eßig. Man wußte noch nichts von der Bremen. Endlich gegen 10 Uhr trat die Meldung ein, daß die Bremen auf einer kleinen Insel bei Neufundland, Granby Island, ungefähr 1500 Kilometer nördlich von Neunorf notgelandet ist.

Der Flug über den Ocean ist damit gescheitert. Das Ziel wurde wegen starker Gegenwinde und Brennstoffmangel nicht erreicht.